

Am 27. April 2022 veranstaltete die GSG eine Podiumsdiskussion zur Landtagswahl NRW. Sie fand im Saal der Kontaktstelle für psychisch Erkrankte der Diakonie in der Sternstraße 23 in Dortmund statt. Die Moderation übernahm Friedrich Stiller, Leiter des Referats für gesellschaftliche Verantwortung der evangelischen Kirche Dortmund.



Einigkeit: Zu wenige Therapieplätze in NRW

Welchen Ansatz hat Ihre Partei, seelische Gesundheit zu fördern oder gegebenenfalls wiederherzustellen? Dieser Frage stellten sich im Rahmen der Podiumsdiskussion:

Anja Butschkau, Frauenpolitische Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion, Kandidatin im Wahlkreis Dortmund IV, **Jenny Brummer**, Ratsmitglied von Bündnis 90/Die Grünen, Kandidatin im Wahlkreis Dortmund IV, **Sonja Lemke**, Ratsmitglied DIE LINKE, Kandidatin im Wahlkreis Dortmund II und **Matthias Nienhoff**, Ratsmitglied der CDU, Kandidat im Wahlkreis Dortmund IV. **Nils Mehrer**, Vorsitzender der FDP Dortmund und Kandidat im Wahlkreis Dortmund II **musste seine Teilnahme leider kurzfristig absagen.**

Seelische Gesundheit: ein großes Themenfeld für eine zweistündige Podiumsdiskussion, da muss man sich einzelne Punkte herauspicken. Einer davon war die Unterversorgung mit ambulanten Therapieplätzen in NRW. Monatelange Wartezeiten auf einen Therapieplatz sind seit Jahren die Regel. Eine Entspannung ist angesichts der Belastungen durch Corona und den Zuzug teils traumatisierter Flüchtlinge nicht zu erwarten. Eine unhaltbare Situation nach Meinung aller, deren Ursache in einer überholten Bedarfsplanung der kassenärztlichen Vereinigung liegt.

Dass viele Therapiepraxen ausschließlich Privatpatienten annehmen, ist keineswegs immer deren freie Entscheidung, erklärte ein junger Psychotherapeut aus dem Publikum. Seit Jahren seien die Kassenzulassungen für Psychotherapeuten belegt. Da müsse man als Neuling entweder die Chance haben, einem Kollegen die Praxis abkaufen zu können, oder wie er Glück, in eine bestehende Praxis mit Kassenzulassung einsteigen zu können.

In ihrer Antwort auf die von der GSG verschickten Fragen zu ihren politischen Zielen und Plänen antworteten SPD und auch FDP, die Bundesregierung habe das Problem erkannt und will die Bedarfsplanung reformieren.

Der Schwerpunkt nach einer kurzen Pause lag beim Thema Arbeit, die für die meisten Menschen einen zentralen Stellenwert hat. Gerade unter Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen ist die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Fast die Hälfte frühzeitiger Berentungen geht auf psychische Erkrankungen zurück, in erster Linie dauerhafte depressive Störungen. Eine Ursache u. a. könnte die Arbeitsdichte sein, die im Laufe der Jahre allgemein zugenommen hat.

Wie kann es gelingen, Menschen mit seelischer Beeinträchtigung im Arbeitsprozess zu halten? Es fiel das Stichwort ‚Außenarbeitsplatz‘, unter dem sich viele der Anwesenden nichts vorstellen konnten. Bei dieser Beschäftigungsform sind Menschen in einer Werkstatt für Behinderte beschäftigt, arbeiten tatsächlich aber in einem Betrieb des allgemeinen Arbeitsmarktes, in dem sie ihre berufspraktischen Fähigkeiten erweitern können mit dem Ziel eines Wechsels in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis. Die Werkstatt begleitet diesen Prozess. Sollte ein Wechsel in ein reguläres Arbeitsverhältnis sich aufgrund der Beeinträchtigungen auch langfristig als unrealistisch erweisen, kann der Mitarbeitende in dieser Beschäftigungsform bleiben. Sie bietet im Vergleich zur Arbeit in den Gebäuden der Werkstatt ein höheres Maß an Inklusion.

In ihrer Antwort auf den Punkt ‚Arbeit und Beschäftigung‘ in den GSG-Wahlprüfsteinen antwortete die SPD, dass sie sich mit der Forderung nach konsequenter Umsetzung des Mindestlohns in Werkstätten für Behinderte solidarisiere.